

12. Oktober 2018

++ Pressemitteilung ++

Jongen: „Die Rücktrittsforderungen an die Adresse von Günter Nooke zeigen, in welchem starkem Maße die Aussprache historischer Wahrheiten bereits reglementiert ist.“

Zu den Rücktrittsforderungen von Seiten der Grünen, FDP und Linke an die Adresse des Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke, äußerte sich der kulturpolitische Sprecher der AfD im Bundestag, Dr. Marc Jongen, wie folgt:

„Wenn Günter Nooke feststellt, die Kolonialzeit habe dazu beigetragen, den ‚Kontinent aus archaischen Strukturen zu lösen‘, dann liegt er damit durchaus auf einer Linie mit der Auffassung renommierter Historiker. Der Hochschullehrer Egon Flaig zum Beispiel hat darauf hingewiesen, dass der europäische Kolonialismus ‚die gewaltsamen Versklavungsprozesse‘ weitgehend unterbunden und die afrikanischen ‚Lebensverhältnisse stabilisiert‘ habe. Die Alternative wäre eine Fortsetzung der ‚autodestruktiven Prozesse der afrikanischen Gesellschaften‘ gewesen.

Aus Feststellungen wie diesen versuchen linke Meinungsjakobiner Nooke nun einen Strick zu drehen. An der Spitze dieser Jakobiner steht die so genannte ‚Afrika-Expertin‘ der Grünen, Kappert-Gonther, die Nooke den Gebrauch ‚rassistischer Stereotype‘ und die Relativierung ‚deutscher Verbrechen des Kolonialismus‘ vorwirft. Diese Relativierung besteht einzig und allein darin, dass Nooke nur die ‚Sklaventransporte nach Nordamerika‘ als ‚schlimm‘ bezeichnet hat, nicht aber das deutsche Vorgehen gegen Hereros und Nama. Nooke soll deshalb ‚seines Amtes nicht würdig‘ sein.

Tatsächlich hat Nooke in keinerlei Hinsicht die geschichtliche Verantwortung für die Gewalttaten von deutscher Seite gegen Herero und Nama geleugnet, sondern die Kolonialzeit in einen größeren historischen Kontext gestellt. Dieser größere Kontext zeigt, dass die Bilanz der Kolonialzeit differenziert zu sehen ist und nicht nur Negativseiten aufweist.

Auch diese Diskussion zeigt, dass es höchste Zeit wird, dass sich das bürgerliche Lager von linken Meinungsjakobinern nicht weiter vorschreiben lässt, was gesagt werden darf und was nicht. Sonst ist die vielbeschworene Meinungsfreiheit schon bald nicht mehr als eine hohle Phrase. Die AfD jedenfalls wird in der Frage der Bewertung der deutschen Kolonialzeit weiter vernehmbar ihre Stimme erheben.“

Pressekontakt:

Christian Lüth

Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressesprecher der Alternative für Deutschland

Tel.: 030 22757225

<https://www.afd.de/bundestag>